

# Gutachten



## Stellungnahme der C D U -Kreistagsfraktion

zum

## Kreishaushalt 2013

Es gilt das geschriebene und gesprochene Wort



---

**Anrede,**

alljährlich seit 1972 kürt die Gesellschaft für Deutsche Sprache das Wort des Jahres und auch das Unwort des Jahres. Ausgewählt werden Wörter, die die öffentliche Diskussion des Jahres bestimmt haben, die für wichtige Themen stehen – die also „verbale Leitfossilien“ sind. Diese sprachkritische Aktion will das Sprachbewusstsein fördern.

Für die CDU - Kreistagsfraktion ist der Begriff **„Gutachten“ das Unwort des Jahres 2012.**

Wir mussten, allerdings nicht erst 2012, erfahren, dass es sehr große Bedeutungsunterschiede zwischen einer Studie und einem Gutachten gibt und dass Expertisen, Gutachten und Studien keine Synonyme, sondern lediglich synonymartige Benennungen sind.

Nicht nur mit großem Unverständnis, sondern auch sehr verärgert mussten wir zur Kenntnis nehmen, dass die Gültigkeit zeitlich meistens sehr begrenzt ist. Nach nur vier (!) Wochen wurde zur S-Bahn die Bestätigung der technischen Machbarkeit zurückgenommen, und so warten wir seit Jahren immer noch auf eine verlässliche und verbindliche Aussage.

Umfang und Inhalt eines Gutachtens, so die Erfahrung im und für den Kreis Göppingen, stehen oft in reziproker Relation. In ein Gutachten wird sehr viel hineingeschrieben, es kommt aber nicht immer auch viel heraus.

„Der Spezialist weiß von immer weniger immer mehr, bis er von gar nichts alles weiß“, so formulierte es Werner Finck.

Gutachten sind wichtig und erforderlich, aber nicht immer und nicht zu jeder Fragestellung. Der Bund der Steuerzahler spricht von einer „Gutachteritis“ in Deutschland und kommt zu dem Schluss, dass zu viel Geld für Expertisen ausgegeben wird.



---

Wir, die CDU – Kreistagsfraktion, gehen die kreispolitischen Themen, Aufgaben und Fragestellungen weiterhin gewohnt sach- und fachkundig sowie ergebnisorientiert an und werden wie bisher auch sehr sorgfältig und **sehr gut achten**.

Wir werden keine Gutachten erstellen, sondern wir werden – wie bei jedem Testat – die kreispolitischen Themen konstruktiv beurteilen, und wir werden differenziert Stellung nehmen und Position beziehen.

Dass bei der Umstellung des Haushaltes von der Kameralistik auf die Doppik der Haushaltsausgleich gelingt, ist mit einem positiven Vermerk zu versehen.

Doch muss hinzugefügt werden, wenn nicht jetzt, wann dann?

Denn es ist zu berücksichtigen, dass die Einnahmen aller öffentlichen Haushalte dank sprudelnder Steuern auf Rekordniveau steigen, und dass die Kreisumlage zwar nominal sinkt, real aber steigt.

Mit der Umstellung auf die doppelte Buchführung mit Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung haben wir in Zukunft eine bessere, weil ergebnisorientiertere Steuerung, und wir können produktorientiert besser vergleichen. Der erste doppische Haushalt ist zwar kein Buch mit sieben Siegeln, doch da die Vergleichszahlen noch fehlen, ist er eine „schwere Kost“, ist er wenig aussagekräftig. Für die zahlreichen Lesehilfen des neuen Planwerkes danken wir Ihnen, Herr Stolz, Herr Hainbuch und Frau Traub. Sie haben uns den Aufbau und die Zahlen verständlicher gemacht.

Jedes Jahr beginnen wir unsere zweitägige Fraktionsklausur zum Kreishaushalt mit der Fragestellung, **was haben wir erreicht, wo stehen wir und was sind unsere Ziele?**

**2012** wird als **erfolgreiches Jahr** in die Landkreisgeschichte eingehen. Wir haben den **Schuldenberg abgebaut**, und wir haben **Projekte und Prozesse initiiert**, wenngleich



wir selber immer noch keinen Gesamtplan erstellt haben, wenngleich wir bei wichtigen Zukunftsfragen immer noch weiter auf klare und verbindliche Antworten warten müssen.

**2013 muss das Jahr der Entscheidungen** werden. Wir müssen richtungsweisende und zielführende Beschlüsse fassen – von der Abfallwirtschaft über die Kliniken bis zur Mobilität und zum (Nah-)Verkehr.

Voraussetzung dafür sind 3 Punkte:

1. Dazu brauchen wir (endlich) **fundierte Zahlen-, Daten- und Faktenmaterial**.
2. Wir sind auf **starke und verlässliche Partner** angewiesen, die uns unterstützen und die zu ihren Zusagen stehen.
3. Und: wir müssen das Thema **Kreisentwicklung aktiver und intensiver** angehen.

Ein Blick über die Kreisgrenzen hinaus, ein **Vergleich mit den anderen Landkreisen** um uns herum verdeutlicht unsere **Stärken und Schwächen** und zeigt klar auf, was unsere **Handlungsschwerpunkte** sein müssen.

Eine vergleichende Analyse der Haushaltszahlen lässt schnell erkennen, dass wir zwar teilweise besser geworden sind, dass der Landkreis Göppingen aber nach wie vor nicht über finanziell nachhaltig tragfähige Fundamente verfügt.

Bei den Investitionsausgaben haben wir im Vergleich mit den anderen Landkreisen einen deutlichen Schritt vorwärts gemacht. Die Steuerkraft der Städte und Gemeinden dagegen ist weiterhin unterdurchschnittlich ebenso wie die Einnahmen des Kreises durch die Grunderwerbsteuer.

Deutlich über dem Durchschnitt sind die Sozialausgaben im Landkreis Göppingen. Am Tabellenende – oder an der Tabellenspitze, je nach Sichtweise – rangieren wir bei der laut Haushaltsplan vorgesehenen Nettoneuverschuldung, bei der Verschuldung insgesamt.



Überdurchschnittlich gut – und das muss auch hervorgehoben werden – schneidet der Landkreis Göppingen bei der Bildung und bei den Kliniken ab.

Für uns nicht nachvollziehbar ist die Tatsache, dass unser Antrag, ein Kreisentwicklungskonzept miteinander zu erarbeiten, nicht behandelt worden ist und dass die Strategie- und Strukturkommission nicht mehr getagt hat.

Wir müssen endlich miteinander Ziele definieren und festlegen, und wir müssen Strategien entwickeln, wie wir diese Ziele erreichen können und erreichen wollen.

Deshalb erneuern wir mit großem Nachdruck, eine Ziel-, Struktur- und Strategieplanung anzugehen und umzusetzen. Wir haben schon sehr viel Zeit verloren. Erfolgreich können wir nur dann sein, wenn wir bei der Vielfalt der anstehenden Aufgaben strukturiert vorgehen, indem wir die Prozesse gut vorbereiten, optimal steuern, zeitlich koordinieren und aktiv begleiten.

**A<sub>01</sub>:** Wir beantragen, miteinander ein **Kreisentwicklungskonzept „Zukunft im und für den Landkreis Göppingen“** zu erarbeiten, in dem Ziele, Strategien und Handlungsprioritäten festgelegt werden.

Die Informationsfahrt des Verwaltungsausschusses nach Brüssel im Herbst war nicht nur sehr informativ, sondern hat auch das Bewusstsein verstärkt, miteinander zu klären, wie wir uns positionieren, welche Schwerpunkte wir setzen.

In der EU gibt es 268 Regionen, deren wirtschaftliche Stärke sehr unterschiedlich ausgeprägt ist. Die Prinzipien der **EU – Regionalpolitik** sind Partnerschaft, Subsidiarität und Zusätzlichkeit. Partnerschaft bedeutet die Mitwirkung der Regionen und Nationalstaaten an der Vorbereitung und Durchführung der Aktionen. 22,6 Milliarden Euro an Regional- und Strukturhilfen entfallen zwischen 2007 und 2013 auf Deutschland. Wirtschaftliche und soziale Hilfen kann und muss auch der Landkreis Göppingen weiterhin erhalten. Netzwerke auf allen Ebenen sind daher sehr wichtig.



**Wir sind gut aufgestellt.** Wir wollen und wir werden das Thema Europa stärker in die Kreispolitik einbinden. Die CDU – Kreistagsfraktion hat deshalb einen europapolitischen Sprecher ernannt, um auch nach außen dem Thema Europa noch mehr Bedeutung beizumessen.

Um auch auf Landkreisebene Europa stärker in Fokus zu rücken, beantragen wir,

**A 02:** über die Aufgabengebiete unserer Ausschüsse zu beraten.

Wir schlagen vor, den Verwaltungsausschuss in „Verwaltung und Europa“ umzubenennen.

Wir können uns auch vorstellen, einen neuen Ausschuss „Kreientwicklung“ ins Leben zu rufen.

„Der Südwesten rechnet mit Rekordzahl an Touristen“, so die Schlagzeile der Stuttgarter Nachrichten am 15. Januar.

„**Überraschend besser**“ finden auch wir den neuen Auftritt des Landkreises. Besser als bisher müssen wir aber sowohl in der Wirtschaftsförderung als auch im Tourismus unsere Kräfte bündeln. Nicht die Vielzahl an Verbänden und Stellen ist entscheidend, sondern die der Maßnahmen und Aktivitäten – eben „überraschend vielfältig“. Vielfältig aktiv, das setzt ein gemeinsames Konzept, eine gemeinsame Strategie, ein gemeinsames Ziel voraus.

Wir beantragen,

**A 03:** regelmäßig über Maßnahmen und Erfolge der Kreiswirtschaftsförderung, des Standortmarketings und der Tourismusförderung zu berichten und über konzeptionelle Verbesserungen zu diskutieren.

Stillstand können wir uns nicht leisten, denn Stillstand bedeutet angesichts der Dynamik der anderen Landkreise Rückschritt.

Als Schulträger der beruflichen Bildung und der Sonderschulen trägt der Landkreis eine besondere Verantwortung für die Bildung und Ausbildung in engem



Schulterschluss mit dem Handwerk und den Unternehmen. Dies hat für uns eine hohe Priorität und deshalb tragen wir die Ansätze für Investitionen, Sanierung, Unterhalt und Aufwendungen für den Schulbetrieb gerne mit.

Sorge bereitet uns die einseitige Verlagerung von Investitionen und Ressourcen durch die Landesregierung zu Gunsten der Gemeinschaftsschule. Die duale Ausbildung ist ein von Handwerk, Industrie und Wirtschaft geschätztes Modell. Und der enge Kontakt zwischen Bildungseinrichtung und Praxis ist auch ein Standortvorteil.

Auf die vielen offenen Fragen der Schulentwicklung müssen wir im Dialog mit allen Beteiligten Antworten finden und ein zukunftsweisendes Konzept erarbeiten.

Leider lässt die von der Landesregierung bis Herbst 2012 angekündigte regionale Schulentwicklung immer noch auf sich warten, leider fehlt immer noch ein klares Konzept. „Projekt Baustelle“, das ist die Devise der Landesregierung. Man fängt einfach mal an umzubauen. Und wenn es nicht klappt, dann wechselt man das Zugpferd, weil es nicht richtig gezogen hat, und dann ändert man – siehe Bildungsplanarbeit – mittendrin auch noch die Richtung.

Wir wollen nicht warten, wir wollen zielorientiert handeln.

Deshalb beantragen wir

**A<sub>04</sub>:** ein Schulentwicklungskonzept für den Landkreis Göppingen, das unsere Schulen weiterhin in die Lage versetzt, ihre sehr gute (Aus-)Bildungsarbeit fortzusetzen.

Mit der räumlichen Weiterentwicklung des Landratsamtes und des Brandschutzes im Alt- und Erweiterungsgebäude kommt dem **Projekt Landratsamt 2015** eine besondere Bedeutung zu.

Auch bei den weiteren Liegenschaften des Kreises ist ein großer Sanierungsbedarf entstanden, der nicht weiter aufgeschoben werden kann.



Mit einer Planungsrate 2012 und der Bereitstellung der Kosten für die Brandschutzanlage wurde nur ein erster Schritt gemacht, dem weitere folgen müssen.

Wir beantragen,

**A<sub>05</sub>:** dem VA ein Konzept vorzulegen, das Projektabläufe in finanzieller, zeitlicher und logistischer Hinsicht (Neben- und Außenstellen) aufzeigt. Dabei ist auch die Parkraumbewirtschaftung einzubeziehen. Und auch das Kreisarchiv ist in das Konzept zu integrieren.

Wir sehen den Lösungsansätzen gespannt und mit großem Interesse entgegen. Dies gilt natürlich auch für Kosten und Finanzierung.

Am 08. Oktober 2010 wurde IMAKA mit der Begleitung des **Organisationsentwicklungsprozesses** beauftragt. Die Ergebnisse wurden uns vorgestellt, und wir haben dann auch der weiteren Begleitung durch IMAKA zugestimmt. Dies war und ist für uns die Grundlage für eine zukunftsgerichtete Verwaltung.

Inzwischen schreiben wir das Jahr 2013 und noch immer warten wir auf Vorschläge, die umgesetzt werden können. Wir erwarten eine **Beschleunigung des Prozesses**.

Bei jeder Stellenforderung erhalten wir eine kurze Stellungnahme mit Bezug auf das Gutachten. Statt einer Begründung der Verwaltung, warum eine Stelle geschaffen werden soll oder neu besetzt werden muss, sollte das Gutachten Grundlage dafür sein, auch andere Vorschläge zu unterbreiten.

Verstärkt wollen wir uns auch der Förderung einer nachhaltigen Entwicklung der Gesellschaft im Landkreis widmen. Deshalb ist die Zielvereinbarung des **Zukunftsprojektes „Familienbewusstsein und Demografieorientierung“** ein wichtiges Thema. Für uns war und ist das Thema Familie ein vorrangiges Thema. Wir begrüßen daher die Zusammenarbeit des Kompetenzzentrums „Beruf und





Familie in Baden – Württemberg“ mit dem Landkreis, und wir unterstützen die Zielvereinbarung zur Fortschreibung des Leitbildes. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern, das ist eine richtige Zielsetzung. Und dabei ist es nur folgerichtig, Arbeitsorganisation und Flexibilisierung der Arbeitsabläufe zu optimieren.

Wir begrüßen daher die Initiative der Verwaltung, die Familienfreundlichkeit des Landkreises als Arbeitgeber zu steigern. Wir können mit Freude feststellen, dass der Landkreis schon heute im Vergleich zu vielen anderen Arbeitgebern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in besonders hohem Maße ermöglicht.

Nicht alle der vorgestellten 12 Ziele in den 6 Handlungsfeldern sind für uns gleichrangig bzw. besonders gewichtig. Es geht in den nächsten Monaten darum, bei den vorgeschlagenen Maßnahmen Prioritäten festzulegen und in regelmäßigen Abständen familienbewusst und demografieorientiert Veränderungen auf den Weg zu bringen.

Maßnahmen, die Kosten verursachen, werden wir konstruktiv prüfen. Wir halten wenig von purem Aktionismus, wie bspw. in der letzten VA-Sitzung von der SPD-Fraktion gefordert. Wir sehen uns auch in der Verantwortung gegenüber den Familien von morgen. Auch sie wollen noch gestalten, auch sie wollen noch ihre Vorstellungen verwirklichen. Doch wie soll dies möglich sein, wenn wir heute schon das Geld von morgen ausgeben und nur die Rückzahlungsverpflichtung hinterlassen?

Es ist kein Gutachten erforderlich, um zu belegen, dass eine Gesellschaft daran gemessen werden kann, wie sie mit ihren schwächeren Mitgliedern umgeht. Für die CDU – Kreistagsfraktion ist es keine Frage, dass wir auf unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger gut achten. Wer Hilfe benötigt, weil er in eine Notlage geraten ist, der soll Hilfe erhalten. Geleitet werden wir dabei von dem Grundsatz der Hilfe zur



Selbsthilfe. Dabei ist unser Ziel nicht die Gleichmacherei, sondern vielmehr die Unterstützung, um die eigene Verantwortung wieder wahrnehmen zu können.

Wir danken der Verwaltung und insbesondere Herr Gramlich dafür, sich dieser schwierigen Aufgabe anzunehmen und sie aus unserer Sicht hervorragend zu bewältigen. Wir sehen, dass der Kreishaushalt immer mehr von den Sozialausgaben dominiert wird. Dass die Kommunen von den Kosten für den Sozialbereich nahezu erdrückt werden, ist schon lange bekannt. Wir anerkennen und begrüßen die Maßnahmen der Bundesregierung im Bereich der Grundsicherung, 2013 75 % der Kosten zu übernehmen und ab 2014 vollständig die kommunalen Ausgaben zu übernehmen. Dies trägt zu einer Entlastung der Kreise und der Kommunen bei und bedeutet für den Haushalt 2013 des Landkreises Göppingen eine Reduzierung um ca. 1,7 Millionen Euro. Bei unseren Haushaltsstrukturproblemen ist dies überaus positiv zu bewerten.

Dennoch waren die sozialen Netze im Landkreis noch nie so kostenintensiv wie dieses Jahr. Wir haben erstmals mehr als 100 Mio. Euro Ausgaben im Teilhaushalt 05 für Jugend und Soziales. Bei diesen enormen Aufwendungen können wir zu Recht stolz auf unsere sozialen Netze sein. Die CDU - Kreistagsfraktion steht zu diesen Strukturen. Doch wir begutachten auch, wie diese Strukturen arbeiten und welche Auswirkungen sie haben. Leider muss man dabei feststellen, dass ein Leben in der Sozialhilfe wird immer normaler, immer selbstverständlicher wird. Dies können und wollen wir so nicht belassen. Es ist Aufgabe einer verantwortlichen Gesellschaft darauf hinzuwirken, dass jeder für sich selbst sorgen kann. Wer verlernt, zuerst nach seinen eigenen Verantwortlichkeiten und Fähigkeiten zu schauen, bevor er Hilfe und Unterstützung von Dritten in Anspruch nimmt, gibt ein Stück weit die eigene Würde auf.



Immer mehr Kinder wachsen in der Abhängigkeit der Grundsicherung auf. Sie dürfen ein Leben ohne die Abhängigkeit vom Staat, ein Leben in voller Eigenverantwortung und der damit verbundenen Freiheit nicht erleben und erfahren. Es ist gutachterlich belegt, dass Kinder, die in der Abhängigkeit der Grundsicherung aufwachsen, mit einer wesentlich höheren Wahrscheinlichkeit als Erwachsene selber in dieser Abhängigkeit landen. Diesen Kreislauf gilt es zu durchbrechen. Dies kann nur gelingen, wenn wir uns vor Ort mehr um Kinder und Jugendliche mit Hilfebedarf kümmern.

**A 06:** Wir beantragen daher, den Landkreiszuschuss für die offene Jugendarbeit von einem Sechstel der Personalkosten auf ein Drittel zu erhöhen. Wenn möglich, soll diese Erhöhung an einen Stellenzuwachs gekoppelt werden.

Nicht nur der Hilfebedarf der Jugendlichen, auch der aktuelle Bedarf der Gesellschaft macht diesen Antrag notwendig. Wir erleben, dass aufgrund der demographischen Entwicklung die Altersklassen der Kinder und Jugendlichen kleiner werden. Schon heute können nicht mehr alle Ausbildungsstellen im Landkreis besetzt werden. Die Arbeit in den Jugendhäusern trägt dazu bei, Jugendlichen mit Hilfebedarf hier unmittelbar Hilfe und Orientierung zu geben. Wir müssen heute schon daran arbeiten, dass wir morgen noch genügend Facharbeiter haben. Den Mangel an Facharbeitern und -ingenieuren erleben wir schon heute. Wenn wir nichts unternehmen, werden wir erleben, dass die Wirtschaft stottert und der Landkreis weniger attraktiv sein wird.

Wir sehen die Kosten, die dieser Antrag in sich birgt. Wir sind aber der festen Überzeugung, dass der Schaden für den Landkreis ein Vielfaches höher sein wird, wenn wir diese Investition in die Zukunft unserer Kinder und Jugendlichen nicht vornehmen.



In der Sitzung des Kreistages im Juli 2012 hat Herr Dr. Bürger (KVJS) dargestellt, welche negative Folgen unser Landkreis im Vergleich zu anderen Kreisen zu erwarten hat. Das heißt, die Aufwendungen im Kinder- und Jugendhilfebereich werden wesentlich höher sein müssen, auch um eine ausreichende Zahl von ausbildungsfähigen Jugendlichen für Handel, Handwerk und Industrie zu haben.

Unter diesem Aspekt der Ressourcenvorsorge, möglichst viele Jugendliche zu einem schulischen Abschluss zu führen, ist es ganz besonders wichtig, dass wir gut darauf achten, sinnvolle und wirkungsvolle Instrumente einzusetzen, die diesem Ziel dienen. Wir begrüßen deshalb die gewachsenen Anstrengungen aller Beteiligten im Bereich der Schulsozialarbeit und stehen auch zur Einbeziehung der landkreiseigenen Schulen in diese Maßnahmen. Wir sehen deshalb gespannt der angekündigten Vorstellung der Konzeption dieser Schulen und der Vorlage neuer Förderrichtlinien hierzu im Jugendhilfeausschuss entgegen.

In diesem Zusammenhang sind vor allem aber auch alle Projekte von Interesse, die an der Schnittstelle beim Übergang von der Schule in den Beruf ansetzen. So fehlt uns z. B. ein Einblick in das 2011 gestartete Projekt „REGIODrive“. Nachdem bereits im Herbst dieses Jahres das Projekt schon wieder ausläuft, hätten wir uns eine zeitnahe Zwischenberichterstattung gewünscht, um die Teilergebnisse und Zielrichtung schon während des Projektverlaufs bewerten und begleiten zu können.

**A 07:** Wir beantragen daher,

- a) schnell einen Bericht über die Arbeit des Projekts „REGIODrive“ vorzulegen und
- b) im Jugendhilfeausschuss über den Stand der Arbeit weiterer in der Berufsfindung wirkende Projekte wie z. B. „Future“ zu berichten.

Sorge bereitet uns die **demografische Entwicklung** in unserem Landkreis. Der Verlust von fast 6.000 Einwohnern seit 2005 kann nicht einfach hingenommen werden.



Im Verlauf der Demografiefachtagung wurde das Gesamtproblem in vielfältiger Art und Weise beleuchtet, Teilergebnisse wurden dokumentiert und öffentlich in den Medien vorgestellt. Zum wesentlichen Erfolg dieser Veranstaltungen bedarf es aber jetzt einer **strukturierten Zusammenstellung der wichtigsten Erkenntnisse** und eine **daraus resultierende Handlungsanweisung**, mit welchen konkreten Schritten wir im Landkreis gegensteuern können, welche „Best-practise-Beispiele“ aus anderen Kreisen und Kommunen bei uns übertragbar wären. Die von Ihnen, Herr Landrat, in Ihrer Haushaltsrede angesprochene Erarbeitung einer Strategie und eines Konzeptentwurfs darf deshalb nicht nur eine Absichtserklärung bleiben, sondern muss in Zusammenarbeit mit den Städten und Gemeinden jetzt konkret umgesetzt werden.

**A 08:** Wir beantragen, dass die Landkreisverwaltung aus den Teilergebnissen und – informationen der Demografiefachtagung einen Handlungskatalog in Form „sozialer und wirtschaftlicher Leuchtturmprojekte“ erarbeitet, dem sich realistisch die Handlungsakteure auf allen Feldern und Ebenen in den kommenden Jahren verpflichtet fühlen.

Im Sinne einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist in der jüngsten Vergangenheit im Landkreis und in den Kommunen alles daran gesetzt worden, dass zunächst der im August in Kraft tretende bundesweite **Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder unter 3 Jahren** erfüllt wird. Selbst wenn absehbar ist, dass die geforderte Quote von 35% zum genannten Termin nicht erreichbar ist, wünschen wir uns einen weiteren Zwischenbericht. Die Rückmeldungen aus den einzelnen Gemeinden zeigen einen weiter wachsenden Bedarf an, so dass dringend über eine Strategie in der Zukunft nachgedacht werden muss.

**A 09:** Wir beantragen, einen Bericht über den aktuellen Ausbaustand, die aktuelle Inanspruchnahme und - soweit aus den Gemeinden vorliegend - welche



---

weiteren Bedarfsanmeldungen aus den Familien bereits vorliegen und welche weiteren Planungsabsichten in den Kommunen angestellt werden.

Erfreulich ist die Mitteilung, dass bei der Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets in der Zwischenzeit ein guter Bearbeitungsstand von 93% der gestellten Anträge erreicht ist. Informativ wäre eine Darstellung, wie und auf welche Teilleistungen sich die Inanspruchnahme der circa 75% verteilt.

**A<sub>10</sub>:** Wir beantragen, die Landkreisverwaltung möge einen Bericht über Umfang und Leistungsarten der BuT-Mittel im Jugendhilfeausschuss geben.

Würden wir unseren Arzt oder Apotheker den **Sozialhaushalt 2013 begutachten** lassen, bekämen wir wohl zur Antwort, dass alle drei Komponenten, nämlich Chancen, aber auch Risiken und Nebenwirkungen, darin enthalten sind. Große Sorge bereitet uns insbesondere, dass trotz erheblicher Verbesserungen auf der Ertragsseite (höhere Bundeserstattungen bei der Grundsicherung, Ausgleichszahlungen in der Eingliederungshilfe, Rückgang von Bedarfsgemeinschaften ...) insgesamt eine Ausgabenerhöhung um 3,8 Millionen Euro bleibt.

Wir begrüßen deshalb alle Anstrengungen der Verwaltung, diesen Anstieg zu verhindern. Alle Chancen, die dazu dienen, langzeitarbeitslose Menschen mit vielseitigen Vermittlungshemmnissen entweder in einen subventionierten Arbeitsplatz auf dem ersten Arbeitsmarkt zu bringen oder bei gemeinnützigen Beschaffungsunternehmen unterzubringen, gilt es zu nutzen.

Wir verkennen nicht, dass diverse Hemmnisse bestehen, insbesondere durch den Grundsatz, dass durch Beschäftigungsmaßnahmen der Sozialhilfeträger keine reguläre Arbeit gefährdet werden darf. Trotzdem sollte der Landkreis nicht aufhören - und auch das gehört zum "Gut-darauf-achten" - einmal nach weiteren Beschäftigungsmöglichkeiten zu suchen und andererseits das Instrument der



Leistungskürzungen (z. B. bei Ablehnung zumutbarer Arbeit) weiterhin mit Augenmaß und konsequent anzuwenden.

**A 11:** Wir stellen deshalb den Antrag

- a) der Landkreis soll prüfen und im Sozialausschuss berichten (ggf. unter Berücksichtigung der Erfahrungen und Beispiele aus anderen Landkreisen), welche zusätzlichen Möglichkeiten bestehen, um entsprechende gemeinnützige Arbeitsplätze im Landkreis zu schaffen
- b) die Landkreisverwaltung soll im Sozialausschuss berichten, wie im Vergleich zu anderen Kreisen und Job-Centern mit dem Instrument der Leistungskürzungen umgegangen wird.

Zwei Begriffe waren in unserer engeren Diskussion, **Unwort des Jahres** zu werden.

Neben „**Gutachten**“ stand auch noch „**Fahrplanwechsel**“ zur Debatte.

Zur Verbesserung der Mobilität und der Verkehrsinfrastruktur brauchen wir einen Fahrplan- und vor allem einen Kurswechsel.

Verkehrsminister Hermann hat wiederholt für große Verunsicherung und für Irritationen im Kreis Göppingen gesorgt. Unsere Verkehrsinfrastruktur muss dringend saniert, verbessert und ausgebaut werden. A 8, B 10 und B 466 müssen **ohne weitere Verzögerung** weitergeplant und ausgebaut werden.

Wir sehen es als weiteren kleinen Schritt in die richtige Richtung, dass aufgrund des Sonderprogramms des Bundes noch dieses Jahr weitergebaut wird.

Bei der Landesregierung befindet man sich in Sachen **Teilintegration in den VVS** noch in einem Entscheidungsprozess. Wer bei einem Defizit im Landesetat von 12 Millionen Euro (!) den Landeszuschuss unter den Vorbehalt der Finanzierbarkeit stellt, der kann nicht von Entwarnung reden.

**A 12:** Wir stellen deshalb den Antrag, mit dem Land den Zuschuss verbindlich zu klären und den UVA zu informieren.



Wir brauchen keine Gutachten, sondern wir brauchen verlässliche Partner, die diese Projekte auch wollen und nachhaltig unterstützen und wir brauchen endlich klare Aussagen und Antworten auf unsere Fragen: **wann, wie und zu welchen Konditionen.**

Wir werden die dringend erforderliche Verbesserung unserer Verkehrsinfrastruktur weiterhin permanent anmahnen und mit Nachdruck fordern. Und dabei ist es sehr gut zu wissen, was nicht erst die beeindruckenden Maßnahmen des letzten Jahres deutlich gemacht, von einer sehr engagierten und immer größer werdenden Bürgerinitiative und von aktiven Bürgern tatkräftig unterstützt zu werden.

Bei dem **S-Bahn-Fahrplan** haben wir inzwischen Verspätungen von Jahren in Kauf nehmen müssen. Und nun sind auch noch die Zughersteller aus dem Takt geraten, denn die neuen S-Bahn-Züge können nicht fristgerecht geliefert werden.

Wir im Landkreis wollen **im Takt bleiben – das ist und bleibt unsere Zielsetzung.**

**A<sub>13</sub>:** Wir stellen deshalb den Antrag,

- a) einen verbindlichen Zeitfahrplan vorzulegen
- b) sowie nicht nur die Kosten für alle Varianten zu ermitteln, sondern auch eine Kosten – Nutzen – Analyse für die jeweilige Variante zu erstellen.

Jahr für Jahr müssen wir daher unsere Ausführungen wiederholen, weil wir keine Antworten auf die noch immer offenen Fragen erhalten haben. Ob S-Bahn oder S-bahnähnlicher Taktverkehr – das hängt von der Machbarkeit, unseren finanziellen Möglichkeiten und der Kosten – Nutzen – Analyse, also dem Mehrwert, ab. Die CDU geht ergebnisoffen und konstruktiv in die weiteren Diskussionen und Beratungen.

Die Aufstellung eines neuen **Nahverkehrsplanes** haben Sie, Herr Landrat, in Ihrer Haushaltsrede angesprochen. Wir fordern schon seit Jahren einen Nahverkehrsplan mit besserer Anbindung an die Schiene.

Wir wiederholen deshalb heute unseren Antrag vom letzten Jahr,





---

**A 14:** einen Nahverkehrsplan mit Finanzierungskonzept zu erstellen, um dann eine Ziel- und Prioritätenliste zu erarbeiten.

Große Veränderungen in der **Abfallwirtschaft** sieht ab 2015 das neue Kreislaufwirtschaftsgesetz vor, das die getrennte Erfassung von Wertstoffen vorsieht.

Viele Entsorgungsträger arbeiten derzeit an der Erprobung neuer abfallwirtschaftlicher Strukturen. Besonderer Schutz gilt nicht nur der Gebührenstabilität, sondern auch hochwertigen kommunalen Erfassungssystemen. Außerdem ist angekündigt, die Einführung einer Wertstofftonne zu prüfen, die flächendeckend an die Stelle des Gelben Sacks treten soll.

**A 15:** Wir beantragen, die gesetzlich verpflichtenden Veränderungen dem UVA darzustellen. Was **muss** kommen – was **kann** kommen?

In einer modernen Abfallwirtschaft geht es nicht nur um Müllentsorgung, sondern auch um ökologische Aspekte, aber auch um ökonomische.

**Ökologisch sinnvoll – ökonomisch verantwortbar** – das ist unsere Devise.

Auch mit der Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes haben wir uns im letzten Jahr sehr ausführlich beschäftigt. Wir haben uns in den Nachbarlandkreisen umgesehen und haben im Landkreis eine kleine Bürgerbefragung durchgeführt.

Das Ergebnis ist eindeutig:

Wir müssen kein Konzept eines anderen Kreises übernehmen, wir haben ein gut funktionierendes System, das sich bewährt hat und – ganz besonders wichtig – das von den Bürgern akzeptiert wird.

Ob AWB am Ende des Prozesses dann für „alles wird besser“ steht, das wird die Zukunft zeigen. Wir arbeiten konstruktiv an der Fortschreibung des Göppinger Modells mit und stellen dazu 2 Anträge.



**A 16:** Bei der Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes beantragen wir, neue Entsorgungsleistungen mit finanziellen Auswirkungen auf das Gebührensystem darzustellen.

**A 17:** Wir beantragen, ein Konzept zur Erfassung, Verwertung und Vermarktung von Wertstoffen vorzulegen, welches den gesetzlichen Anforderungen entspricht und das die Abfallgebühren nicht erhöht.

Ein gut funktionierender Bestandteil unserer Abfallwirtschaftskonzeption ist unsere Grüngutkonzeption.

**A 18:** Wir beantragen die Fortentwicklung der Grüngutkonzeption des Landkreises.

Dass die **Kliniklandschaft** in Deutschland sich in einem sehr großen Umbruch befindet, dass sehr viele Kliniken sich in großen Nöten befinden, das ist leider nichts Neues. An diese und ähnliche Schlagzeilen haben wir uns gewöhnen müssen.

Dass bloß jede vierte Klinik in Deutschland 2012 ihre wirtschaftliche Situation für gut hielt und bloß jede fünfte für 2013 eine Verbesserung erwartet, dass 2012 über die Hälfte der Krankenhäuser rote Zahlen geschrieben haben, dass über die Hälfte 2013 sogar noch von weiteren Verschlechterungen ausgeht, das ist dem aktuellen Krankenhausbarometer zu entnehmen.

Das Göppinger Barometer fiel letztes Jahr durch extreme Schwankungen auf. Nach einem kontinuierlichen Anstieg ist das Alb-Fils-Kliniken-Barometer diese Woche leider wieder stark gefallen.

Wir gratulieren Ihnen, Herr Prof. Martin, zu Ihrer Wahl in Ludwigsburg und wünschen Ihnen für Ihre neue Aufgabe alles Gute und viel Erfolg. Schade, dass Sie die Herausforderung im Landkreis Göppingen, mit uns den Göppinger Weg weiter zu gehen, nicht weiter annehmen wollen.



Mit dem Masterplan glaubten wir uns sehr gut aufgestellt, bis dann – für uns alle kaum glaubhaft und zunächst nicht nachvollziehbar – der externe Therapeut und Arzt die Diagnose Neubau der Klinik am Eichert stellte.

Wir sind aber, wenn wir uns mit den anderen Häusern vergleichen, der Zeit voraus, und befinden uns auf einem guten Weg.

Mehr Geld für die Kliniken, das ist die Forderung angesichts der „Misere der Kliniken“ (Krankenhausbarometer). Gesellschaft und Politik müssen eine Antwort geben auf die Frage: „Was ist uns die Gesundheit wert?“ Billig wird es jedenfalls angesichts steigender Lebenserwartung und medizinisch – technischer Fortschritte nicht werden.

**2013 ist auch das Jahr des Landkreises.** 2013 feiert der Landkreis Göppingen den 75. Geburtstag.

Trotz des Alters: der Landkreis ist nicht in die Jahre gekommen, der Landkreis ist „überraschend (?) besser“.

Das Kürzel GP steht für große Partnerschaft, für gute Partnerschaft.

GP steht aber auch für große Projekte, für gemeinsame Projekte. Diese Projekte können wir nur dann erfolgreich umsetzen, wenn wir ein Kreisentwicklungskonzept und wenn wir ein Finanzkonzept haben.

**A<sub>19</sub>:** Wir beantragen ein Finanzkonzept 2020, das die Finanzierung aller wichtigen Projekte und geplanter Maßnahmen aufzeigt.

Über die Uni Freiburg wurde im Herbst 2012 zum zweiten Male ein **Glücksatlas** veröffentlicht. Die Erhebung erfolgte nach Regionen und in Großstädten.

Ob der Landkreis Göppingen bei einer Untersuchung nach Kreisen das Zertifikat Glückskreis erhalten hätte, bleibt offen, da wir nicht wissen, wie stark hier die **Glücksfaktoren** (Wohlbefinden, Zusammengehörigkeitsgefühl, Angebote ...) bzw. die



**Glücksbremsen**, zu denen auch die Performance der öffentlichen Verwaltungen gehört, gewichtet worden wären.

Fakt ist aber, dass Prognos im **Familienatlas 2012** im bundesweiten Vergleich der 402 Kreise den Landkreis Göppingen den stabilen Regionen für Familien zugeordnet hat. Bei Angeboten und Organisation der regionalen Familienpolitik steht der Landkreis Göppingen sogar auf Platz 1.

Die Ergebnisse des Familienatlases bestätigen uns – wir sind auf dem richtigen Weg.

Arbeiten wir also gemeinsam daran, noch besser zu werden, unseren Landkreis Göppingen weiter nach vorne zu bringen. Die Basis dafür ist der dem Kreistag vorgelegte Haushalt 2013, dem wir so zustimmen können.

Namens der CDU danke ich **allen**, die sich im und für den Landkreis erfolgreich engagieren. Namentlich danke ich Ihnen, Herr Landrat Wolff, sowie Ihnen, Herr Kreiskämmerer Stolz. In diesen Dank der CDU beziehe ich auch alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landratsamtes, seiner Dienststellen, der Kliniken, der Schulen und des AWB ein.

Dank sage ich auch meiner Fraktion für die sehr gute Zusammenarbeit und das freundschaftliche Miteinander.

Ihnen, meine Damen und Herren, danke ich für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche uns gute und konstruktive Beratungen zum Wohle und für eine gute Zukunft des Landkreises Göppingen.

Wolfgang Rapp

01. Februar 2013



# Anträge

- A<sub>01</sub>:** Wir beantragen, miteinander ein Kreisentwicklungskonzept „Zukunft im und für den Landkreis Göppingen“ zu erarbeiten, in dem Ziele, Strategien und Handlungsprioritäten festgelegt werden.
- A<sub>02</sub>:** Wir beantragen, über die Aufgabengebiete unserer Ausschüsse zu beraten.  
Wir schlagen vor, den Verwaltungsausschuss in „Verwaltung und Europa“ umzubenennen.  
Wir können uns auch vorstellen, einen neuen Ausschuss „Kreisentwicklung“ ins Leben zu rufen.
- A<sub>03</sub>:** Wir beantragen, regelmäßig nicht nur über Maßnahmen und Erfolge der Kreiswirtschaftsförderung, des Standortmarketings und der Tourismusförderung zu berichten, sondern auch über konzeptionelle Verbesserungen zu diskutieren.
- A<sub>04</sub>:** Wir beantragen ein Schulentwicklungskonzept für den Landkreis Göppingen, das unsere Schulen weiterhin in die Lage versetzt, ihre sehr gute (Aus-)Bildungsarbeit fortzusetzen.
- A<sub>05</sub>:** Wir beantragen, dem VA ein Konzept vorzulegen, das Projektabläufe in finanzieller, zeitlicher und logistischer Hinsicht (Neben- und Außenstellen) aufzeigt. Dabei ist auch die Parkraumbewirtschaftung einzubeziehen. Und auch das Kreisarchiv ist in das Konzept zu integrieren.
- A<sub>06</sub>:** Wir beantragen daher, den Landkreiszuschuss für die offene Jugendarbeit von einem Sechstel der Personalkosten auf ein Drittel zu Erhöhen. Wenn möglich, soll diese Erhöhung an einen Stellenzuwachs gekoppelt werden.
- A<sub>07</sub>:** Wir beantragen daher,  
a) möglichst schnell einen Bericht über die Arbeit des Projekts „REGIODrive“ vorzulegen und  
b) im Jugendhilfeausschuss über den Stand der Arbeit weiterer in der Berufsfindung wirkende Projekte wie z. B. „Future“ zu berichten.
- A<sub>08</sub>:** Wir beantragen, dass die Landkreisverwaltung aus den Teilergebnissen und – informationen der Demografiefachtag einen Handlungskatalog in Form „sozialer und wirtschaftlicher Leuchtturmprojekte“ erarbeitet, dem sich realistisch die Handlungsakteure auf allen Feldern und Ebenen in den kommenden Jahren verpflichtet fühlen.
- A<sub>09</sub>:** Wir beantragen, einen Bericht über den aktuellen Ausbaustand, die aktuelle Inanspruchnahme und - soweit aus den Gemeinden vorliegend - welche weiteren Bedarfsanmeldungen aus den Familien bereits vorliegen und welche weiteren Planungsabsichten in den Kommunen angestellt werden.



- 
- A 10:** Wir beantragen, die Landkreisverwaltung möge einen Bericht über Umfang und Leistungsarten der BuT-Mittel im Jugendhilfeausschuss geben.
- A 11:** Wir stellen deshalb den Antrag
- a) der Landkreis soll prüfen und im Sozialausschuss berichten (ggf. unter Berücksichtigung der Erfahrungen und Beispiele aus anderen Landkreisen), welche zusätzlichen Möglichkeiten bestehen, um entsprechende gemeinnützige Arbeitsplätze im Landkreis zu schaffen
  - b) die Landkreisverwaltung soll im Sozialausschuss berichten, wie im Vergleich zu anderen Kreisen und Job-Centern mit dem Instrument der Leistungskürzungen umgegangen wird.
- A 12:** Wir stellen deshalb den Antrag, mit dem Land den Zuschuss verbindlich zu klären und den UVA zu informieren.
- A 13:** Wir stellen deshalb den Antrag,
- a) einen verbindlichen Zeitfahrplan vorzulegen
  - b) nicht nur die Kosten für alle Varianten zu ermitteln, sondern auch eine Kosten – Nutzen – Analyse für die jeweilige Variante zu erstellen.
- A 14:** einen Nahverkehrsplan mit Finanzierungskonzept zu erstellen, um dann eine Ziel- und Prioritätenliste zu erarbeiten.
- A 15:** Wir beantragen, die gesetzlich verpflichtenden Veränderungen dem UVA darzustellen. Was muss kommen – was kann kommen?
- A 16:** Bei der Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes beantragen wir, neue Entsorgungsleistungen mit finanziellen Auswirkungen auf das Gebührensystem darzustellen.
- A 17:** Wir beantragen, ein Konzept zur Erfassung, Verwertung und Vermarktung von Wertstoffen vorzulegen, welches den gesetzlichen Anforderungen entspricht und das die Abfallgebühren nicht erhöht.
- A 18:** Wir beantragen die Fortentwicklung der Grüngutkonzeption des Landkreises.
- A 19:** Wir beantragen ein Finanzkonzept 2020, das die Finanzierung aller wichtigen Projekte und geplanter Maßnahmen aufzeigt.